



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ägypten können nicht so ohne weiteres in seinen Händen bleiben, wenn der Handel und Verkehr der übrigen Staaten frei sein soll. Deshalb mögen die Staaten des europäischen Festlandes allen alten Hader schwinden lassen und auf der Konferenz fest zusammenstehen gegen England und Amerika. Dadurch wird der Frieden auf der Erde, der überhaupt durch die Erleichterung des Verkehrs zu allen Zeiten gefördert worden ist, am besten gesichert werden; jedem Kulturstaate muß ein seiner Bedeutung entsprechender Teil der noch barbarischen Länder zufallen zum Besten der Entwicklung dieser Länder und zu seiner eignen Wohlfahrt.

C. v. H.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zur Lehre vom Klassenkampf. Die Mitteilungen in Nr. 38 der Grenzboten über die Aufnahme der Nachricht vom Genfer Fürstenmorde durch einen Teil der deutschen Industriearbeiter sind natürlich in der sozialdemokratischen Presse als unwahr zurückgewiesen worden, worum wir uns nicht weiter zu kümmern brauchen. Bei dieser Gelegenheit ist aber das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Vorwärts, über das Ableugnen der mit allem Nachdruck hier nochmals bezeugten Tatsache, „daß der niederträchtige Meuchelmord in Genf von unsern sozialdemokratisch erzogenen Industriearbeitern nicht mit Abscheu und Bedauern, sondern mit Schadenfreude und hämischer Genugthuung aufgenommen worden ist,“ hinaus gegangen und hat folgende außerordentlich lehrreichen positiven Erklärungen abgegeben: Die Arbeiter verurteilten zwar die That ebenso scharf, aber sie fragten nach ihrer tiefern sozialen Ursache. Sie, die selbst unter den Unzulänglichkeiten der heutigen Gesellschaftsverfassung schwer litten, würfen mit Recht die Hauptschuld auf die herrschenden Kreise, die blind wären gegenüber dem namenlosen Elend, aus dem heraus die sittliche Verwahrlosung erwachse. „Ja, heißt es wörtlich, die Arbeiter sind die einzigen, deren Entrüstung über Mordthaten, mögen sie politischen Weigeschmack haben oder nicht, ehrlich ist. An der Ehrlichkeit der Entrüstung derer um die Grenzboten zu zweifeln, haben wir dagegen hinreichende Veranlassung. Haben doch diese Kreise kein Wort der Entrüstung übrig für den tausend- und millionenfältigen Mord, den die Kapitalistenklasse begeht, indem sie dem Proletarier, der proletarischen Frau, den proletarischen Kindern in ungesunden Arbeitsräumen, durch überlange Arbeitszeit, durch unzureichende Entlohnung den natürlichen Lebensverlauf um Jahre und Jahrzehnte verkürzt!“ Das sind die Empfindungen, die nach den Wünschen der Sozialdemokratie unsre Arbeiter bei dem Genfer Morde gehabt haben und haben mußten. Was bleibt an scharfer Verurteilung der That daneben wohl noch übrig? Der Beweis dafür, daß die in der Beurteilung jenes niederträchtigen Meuchelmords zu Tage tretende tiefe Entartung der sittlichen und sozialen Anschauungen unsrer Industriearbeiter ganz und gar dem sozialdemokratischen Grunde entsprossen ist, kann nicht bündiger erbracht werden, als durch diese

offen zu Märkte getragne jesuitische Sophisterei und Brunnenvergiftung. Wer wagt es hiernach noch die unmittelbare Gemeingefährlichkeit und die moralische Verwerflichkeit der sozialdemokratischen Propaganda unter unsern leichtgläubigen und leicht zu verwirrenden Arbeitern zu bestreiten? Es ist ein starker Grad von Redlichkeit, mit dem hier die sogenannte wissenschaftliche Sozialdemokratie die Bundesgenossenschaft ihrer festgerannten und, wie die Sozialdemokraten wohl glauben mögen, für sie festgenagelten halben und ganzen Freunde im katheedersozialistischen Lager herausfordert.

Die ehrliche Entrüstung, die unsre sozialdemokratisch erzogenen Arbeiter angesichts der Genfer Mordthat zu empfinden hatten, besteht in dem immer mehr gesteigerten Grimm über den tausend- und millionenfachen Mord, den die Kapitalistenklasse an den Arbeitern begeht, d. h. in dem sich bis zur Wut entflammenden Haß gegen die sogenannte herrschende und besitzende Klasse und gegen die heutige Gesellschaftsverfassung. Und solchen Erklärungen gegenüber wagen unsre sozialistisch gefärbten Professoren, Doktoren und Pastoren noch von der Mauferung der Sozialdemokratie zu reden? Trotz solcher Erklärungen kennen die freisinnigen Parteien in Deutschland nur die eine Pflicht, die Sozialdemokratie als verdienstvolle Erzieherin der Arbeiter zu feiern und um ihre Gunst und ihre Stimmen zu buhlen?

Die hier mit jesuitischem Geschick den Arbeitern nahe gelegte Gleichstellung des anarchistischen und anderer Mordthaten und der Massenarbeitermorde, die der Kapitalistenklasse vorgeworfen werden, wird auch diesmal nicht die giftige Wirkung verfehlen, das menschliche, natürliche Empfinden zu untergraben. Was vermögen dagegen die gewaltigen Leistungen der heutigen Gesellschaft auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes? Was für ein Ziel und was für ein Tempo sollen die Sozialreformen haben, die dieser Entstellung der Thatfachen und Verdrehung der Schuldfrage einen Riegel vorschieben könnten?

Wir sind durch diese Rundgebungen sozialdemokratischer Ehrlichkeit nicht über- rascht worden; sie können uns auch nicht darin beirren, die Förderung der sozialen Reformen — und damit die Hebung der arbeitenden Klassen und ihre Befreiung von dem furchtbaren Joche dieser menschenverderbenden Rotte — zu vertreten, nach links wie nach rechts.

Die Wasserbauten in Preußen. Wir haben unsre Bemerkungen in Nr. 39 über die bevorstehende Reform der Wasserbauverwaltung in Preußen dahin zu ergänzen, daß das Staatsministerium noch nicht beabsichtigt, diese selbstverständlich dem Ressort des Ministeriums für öffentliche Arbeiten zufallende Aufgabe auf den Landwirtschaftsminister zu übertragen; die Frage soll vielmehr noch näherer Prüfung unterworfen werden. Um so mehr hoffen und wünschen wir, daß auch jeder Schein, die Interessenpolitik der parlamentarischen Parteien könnte den von uns befürchteten Einfluß auf die Ressortverhältnisse innerhalb der Regierung gewinnen, vermieden werden wird, und zwar auch schon bei den Entschlüssen des Staatsministeriums, nicht erst bei der Entscheidung durch den König.

